

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Yvonne Feri
Etzel matt 12
5430 Wettingen
yvonne.feri@parl.ch

23.03.16

Bericht aus der Session – Nummer 18 Rückblick auf die Frühlingsession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Das neue Jahr hat für mich mit vielen Neuerungen begonnen: Auf Mitte Februar habe ich mein Amt als Präsidentin der SP Frauen aus zeitlichen Gründen niedergelegt. Ich wurde im letzten Herbst neu in die SGK gewählt und muss mich in diese neue Kommission einarbeiten. Zudem leite ich seit Beginn des Jahres die Berner Stiftung für Freiheit und Menschenrechte. Diese neuen Aufgaben erfordern viel Aufmerksamkeit. Deshalb habe ich mich dazu entschieden, das Präsidium der SP Frauen nach vier sehr bereichernden Jahren nieder zu legen und jemand anderem (wenn möglich einer jüngeren Frau) die Chance zu geben, die Leitung zu übernehmen. Der Zeitpunkt für diesen Wechsel ist gut gewählt, denn die SP Frauen diskutieren in diesen Monaten eine Restrukturierung der Organisation oder eine Neugestaltung der Spitze durch ein Co-Präsidium. Auf Ende Jahr werde ich als Gemeinderätin demissionieren. Terminliche Überschneidungen führen dazu, dass ich immer wieder an Sitzungen fehle. Ich will meine Ämter aber ernst nehmen und mein Bestes geben, deswegen ziehe ich die Konsequenzen und trete frühzeitig aus dem Gemeinderat aus.

Die Gleichstellungspolitik wird mich weiterhin begleiten und in meinem Fokus bleiben. Am 8. März haben wir den Weltfrauentag gefeiert. Dazu habe ich in der Presse aufgezeigt, wie Frauen in der Schweiz bis heute diskriminiert werden (zu lesen unter: <http://www.yvonneferi.ch/In-den-Medien/>). Mir war aber auch wichtig, dass wir am Weltfrauentag nicht vergessen, dass eine wirksame Gleichstellungspolitik Männer nicht aussen vor lassen darf. In einem offenen Brief habe ich mich deshalb an Väter gewendet. Es ist an der Zeit, dass sich diese für ihre Rechte einsetzen und auf einen Elternurlaub bestehen. Diesen Brief kann man auf meinen Blog lesen www.yvonneferi.wordpress.com.

In Punkto Gleichstellung gibt es aber auch Erfolge zu feiern: Just am Weltfrauentag vom 8. März hat der Nationalrat als Erstrat einer Modernisierung des Adoptionsrechts zugestimmt. Damit steht die Stiefkindadoption nun endlich allen offen, unabhängig vom Zivilstand oder sexuellen Orientierung. Menschen, die eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft führen, haben das Recht

erhalten, die Kinder ihrer Partner oder Partnerinnen zu adoptieren. Leider weiterhin verwehrt bleibt ihnen hingegen das Recht, fremde Kinder zu adoptieren. Weiter hat der Nationalrat darüber entschieden, dass eingetragene Partnerschaften künftig bei Einbürgerungsverfahren den selben Status wie Ehen erhalten. Auch das ist ein gleichstellungspolitischer Fortschritt, denn Paare in eingetragenen Partnerschaften erhalten so ebenfalls eine erleichterte Einbürgerung.

Weitere ausgewählte Geschäfte dieser Frühlingsession waren:

- **Energiewende:** Der Nationalrat hat in dieser Session entschieden, dass die Laufzeit von Atomkraftwerken nicht begrenzt wird und die Betreiber alter AKWs keine strengeren Auflagen erfüllen müssen. Der Fukushima-Effekt ist damit endgültig vorbei und es scheint, als seien die Lehren solcher Ereignisse bei einigen Politikerinnen und Politikern wieder in Vergessenheit geraten. Der Nationalrat ist von früheren Entscheiden abgewichen und hat sich den Beschlüssen des Ständerates angeschlossen. Er hat auch Subventionen für bestehende Grosswasserkraftwerke gutgeheissen und Effizienzmassnahmen gestrichen. Umstritten bleiben die Ziele für die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien, die Förderung kleinster Wasserkraftwerke und Steuerabzüge für Ersatzneubauten. Die Vorlage geht zurück an den Ständerat.
- **Ladenöffnungszeiten:** Auch die Anliegen von Verkäuferinnen und Verkäufern sind offenbar nicht mehr so zentral wie auch schon. Der Nationalrat will das Einkaufen nach Feierabend ermöglichen und hat ein Gesetz angenommen, das längere Öffnungszeiten in rund der Hälfte der Kantone zur Folge hätte. Der Ständerat hatte sich mit Stichentscheid des Ratspräsidenten dagegen ausgesprochen. Im Nationalrat war der Entscheid deutlicher: Der Rat hiess das Gesetz mit 122 zu 64 Stimmen bei 5 Enthaltungen gut, gegen den Willen von uns SozialdemokratInnen und den Grünen. Nun ist wieder der Ständerat am Zug. Es bleibt zu hoffen, dass dieser die Stimme der Kantone hört und berücksichtigt, dass sich das Stimmvolk in mehreren Kantonen gegen längere Öffnungszeiten ausgesprochen hat.

Meine Position zur Energiewende und den Ladenöffnungszeiten habe ich mich im SRF deutlich gemacht (hier zu hören: <http://www.srf.ch/news/regional/aargau-solothurn/soll-beznau-ewig-laufen-yvonne-feri-und-thierry-burkart>).

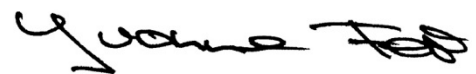
- **Kinderpornografie:** Der Handel mit Nacktaufnahmen von Kindern soll strafbar werden. Der Nationalrat hat stillschweigend eine Motion von Natalie Rickli (SVP/ZH) angenommen. Der Bundesrat hatte sich dafür ausgesprochen, wies allerdings in seiner Antwort auf den Vorstoss auf heikle Abgrenzungsschwierigkeiten hin. Solche erwähnte auch Rickli. Auf der einen Seite müsse sichergestellt werden, dass Fotos fürs Familienalbum nicht kriminalisiert würden. Auf der anderen Seite dürfe aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass sich viele Täter im Familienumfeld befänden. Die Motion geht nun an den Ständerat. Heute gelten Bilder, die nicht explizit Geschlechtsteile oder Kinder in sexuellen Posen zeigen, nicht als Kinderpornografie.
- **Zwangsehe:** Der Bundesrat muss keinen Bericht zu arrangierten und erzwungenen Ehen verfassen. Er hat ein Postulat von Sebastian Frehner (SVP/BS) abgelehnt. Nach Ansicht von Frehner sind solche Ehen in archaisch-paternalistisch geprägten Familien nicht unüblich. Das schränke Frauen und Männer in ihrer verfassungsmässig garantierten Ehefreiheit ein. Frehner verwies auch auf die Regeln in den Niederlanden und in Dänemark. Diese lassen den Familiennachzug von Ehegatten erst ab einem Alter zu, in dem eine gewisse Selbständigkeit gesichert ist. Das Parlament habe dazu erst vor kurzem

ein Gesetz geschaffen, sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga. Dabei sei auch die vorgeschlagene Massnahme diskutiert und verworfen worden.

- **Menschenrechte:** Der Nationalrat hat als Zweitrat einen Bericht des Bundesrates zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zur Kenntnis genommen, den das Parlament anlässlich des EMRK-Beitritts der Schweiz vor 40 Jahren bestellt hatte. Die SVP nutzte die Gelegenheit, ihre bekannte Kritik an der EMRK anzubringen. Mit ihrer Haltung stand sie jedoch allein auf weiter Flur. Die anderen Fraktionssprecher verwiesen ebenso wie Justizministerin Simonetta Sommaruga auf die grosse Bedeutung der EMRK. Eine Kündigung sei für den Bundesrat keine Option – aus innen- wie auch aussenpolitischen Gründen, sagte Sommaruga.
- **Steuern:** Nach dem knappen Nein zur CVP-Initiative gegen die "Heiratsstrafe" wird weiter um die Besteuerung von Ehepaaren gerungen. Geht es nach dem Nationalrat, sollen Ehepartner künftig getrennt besteuert werden. Er möchte den Bundesrat beauftragen, dem Parlament eine entsprechende Steuerreform vorzulegen. Mit 92 zu 88 Stimmen bei 6 Enthaltungen hat er einer Motion seiner Finanzkommission zugestimmt. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Im Nationalrat argumentierten die Befürworter, die Individualbesteuerung sei das gerechteste Modell und würde Frauen auf den Arbeitsmarkt bringen. Die gemeinsame Besteuerung halte Frauen von der Erwerbsarbeit ab, da das zweite Einkommen wegen der Progression stärker belastet werde. Gegen den Vorstoss stellten sich die SVP und die CVP. Die Fronten blieben also dieselben wie im Abstimmungskampf.
- **Snus:** Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) will das Verbot des Tabakprodukts Snus präzisieren. Es werde eine Weisung erlassen, schreibt der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Frage von Nationalrat Lukas Reimann (SVP/SG). Snus wird über die Mundschleimhaut konsumiert. In der Schweiz sind solche Tabakprodukte seit 1995 verboten. Vom Verbot ausgenommen sind "Erzeugnisse zum Kauen". Seit rund einem Jahr sind laut dem Bundesrat nun aber Produkte auf dem Markt, bei welchen fraglich ist, ob es sich dabei um erlaubten Kautabak oder um verbotenen Snus handelt, der als Kautabak gekennzeichnet ist. Die Weisung soll nun klarstellen, wie das geltende Verbot umzusetzen ist.

Diese Woche feiere ich meinen 50. Geburtstag. Ich blicke auf spannende Lebensjahre zurück und bin gespannt auf alles, was noch kommt. Ihnen wünsche ich schöne Ostern im Kreise ihrer Liebsten.

Beste Grüsse,



Yvonne Feri

Nationalrätin SP/AG
Gemeinderätin Wettingen, Ressort Soziales/Familie